

48 15 I Ralf Margreiter et. al.
Torpedieren Geheimverhandlungen
den Zürcher Service Public?

Herr Präsident, Frau Volkswirtschaftsdirektorin
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Man sagt ja, dass man den Tag nicht vor dem Abend loben solle. Im Umkehrschluss sollte man ihn also auch nicht vor dem Abend verdammen. Angewendet auf internationale Vertragsverhandlungen heisst das wohl, dass man erst den fertigen Vertrag, in diesem Falle TISA, beurteilen solle. Und deshalb scheint mir der Grundtenor der regierungsrätlichen Antwort auch zu sein: Nur keine unnötige Aufregung, lassen wir die Geheimverhandlungen laufen, warten wir mal ab, was das Ergebnis sein wird.

Und auf den ersten Blick scheint das ja auch eine vernünftige Position zu sein, denn in der Tat, wer würde der Feststellung widersprechen, dass man ein Vertragswerk erst bei Vorliegen desselben beurteilen kann? Allenfalls vielleicht Economiesuisse, welche TISA schon jetzt als so wichtig erklärt hat, dass sie unabhängig vom Verhandlungsergebnis in jedem Fall unterzeichnen will – aber gut.

Auf der anderen Seite muss man sich aber schon die Tragweite, dieser Verträge, die da aktuell ausgehandelt werden, heissen sie nun TTIP, CETA oder eben TISA, vor Augen halten. Letztlich geht es bei all diesen Verträgen darum, welche Art der Marktwirtschaft

sich inskünftig global durchsetzen soll: die angelsächsische oder die rheinische Spielart.

Der Haken ist nur der: Die Prämissen wurden von Anfang an so festgelegt, dass die Antwort schon von vornherein feststand: Es soll der angelsächsische Kapitalismus sein, der auch vor dem nicht Halt macht, was wir heute hierzulande unter dem Stichwort «Service Public» verstehen und hochhalten. Darum: Auch wenn Verhandlungen nicht per se etwas Schlechtes sind und man einen Vertrag erst beurteilen kann, wenn er vorliegt, so ist unsere Skepsis gross, sehr gross, dass hier am Ende ein akzeptabler Vertrag herauskommen wird.

Man muss sich diese Prämissen, die da als Grundlagen vorgegeben wurden, ja nur mal etwas genauer ansehen. Etwa die Ratchet- und die Standstill-Klauseln, die besagen, dass eine einmal gemachte Marktöffnung nicht mehr zurückgenommen werden darf bzw. dass Regulierungen inskünftig weder in ökologischer noch in sozialer Hinsicht verschärft werden dürfen. Mit anderen Worten: Künftige Generationen – deren Wohlergehen, wir alle ja immer und ständig als Ziel unserer Politik preisen – künftige Generationen sollen also nicht mehr frei sein, selber zu entscheiden, welchen Markt sie wie stark regulieren wollen. Es darf inskünftig nur noch in eine Richtung gehen – mit Verlaub, das ist ein marktideologischer Unsinn der gröberen Sorte.

Oder die Future-proofing-Klausel: Künftige, neue Dienstleistungen müssen zwingend dem Markt überlassen werden, auch dann, wenn sie staatlich besser und kostengünstiger erbracht werden

könnte. Sie müssen sich vor Augen halten: Wäre die Schweiz Anfang des 20. Jahrhunderts bereits in einen Vertrag mit solchen Klauseln eingebunden gewesen, es hätte nicht zur Gründung der SBB kommen können und die Basis des heutigen öffentlichen Verkehrs in der Schweiz, einer der wichtigsten Standortfaktoren notabene, wäre nie geschaffen worden.

Also, wie gesagt, wir wollen den Tag nicht vor dem Abend verdammen, aber wir sind sehr skeptisch. Der Regierungsrat schreibt zwar, dass die Schweiz Vorbehalte angebracht habe, nur: In unseren Ohren tönen diese Aussagen etwas gar stark nach Beruhigungspillen, zumal die von Wikileaks und Netzpolitik.org veröffentlichten Zwischenstände aus den Geheimverhandlungen nicht viel Gutes erwarten lassen.

Und wir sind auch skeptisch, ob der Regierungsrat die Gefahr, die von diesen Verträgen für den Standort Zürich und seinen Service Public ausgehen, genügend ernst nimmt, wenn er in der Interpellationsantwort festhält, dass nach seiner Einschätzung ein «indirektes Mitverfolgen der Verhandlungen» durch ihn bzw. durch die KdK ausreichend sei. Wir finden, das ist es nicht. Angesichts des Schadenpotentials erwarten wir hier eine aktivere Begleitung und ein klareres Bekenntnis zum Service Public.

Aber vielleicht ist es ja auch so, dass der Tag an dem TISA so tot ist, wie es jüngst der deutsche Vizekanzler und der französische Handelsminister einem anderen dieser Verträge attestiert haben, TTIP nämlich, gar nicht mehr allzu weit weg ist. Wir werden sehen.